

**Kur- und Klinikverwaltung
Bad Rappenau GmbH**

Bad Rappenau

**Testatsexemplar
Jahresabschluss
31. Dezember 2022**

**OT-audit GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

Inhaltsverzeichnis

	Anlage
Bilanz zum 31. Dezember 2022	1.1
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2022 bis 31.12.2022	1.2
Anhang zum 31.12.2022 mit Anlagenspiegel	1.3
Lagebericht zum 31.12.2022	1.4
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	1.5
Bericht des Verwaltungsrates	1.6
 Allgemeine Auftragsbedingungen	

Bilanz zum 31. Dezember 2022

Anlage 1.1

Kur- und Klinikverwaltung Bad Rappenau GmbH

AKTIVSEITE

PASSIVSEITE

	Euro	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro		Euro	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Gezeichnetes Kapital	11.200.000,00		11.200.000,00
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		0,00	2.180,00	nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	<u>189.927,92-</u>		<u>189.927,92-</u>
II. Sachanlagen				eingefordertes Kapital		11.010.072,08	11.010.072,08
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.287.917,90		8.638.319,02	II. Gewinnrücklagen			
2. technische Anlagen und Maschinen	25.524,00		194.926,00	1. andere Gewinnrücklagen		407.435,72	407.435,72
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>2.198,00</u>		<u>146.404,00</u>	III. Verlustvortrag		812.916,38-	3.743,07
		1.315.639,90	8.979.649,02	IV. Jahresfehlbetrag		633.869,14-	816.659,45-
III. Finanzanlagen				B. Rückstellungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		1.270.394,59	1.270.394,59	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	707.638,00		706.904,00
B. Umlaufvermögen				2. sonstige Rückstellungen	<u>22.111,91</u>		<u>315.815,00</u>
I. Vorräte						729.749,91	1.022.719,00
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00		98.835,47	C. Verbindlichkeiten			
2. fertige Erzeugnisse und Waren	<u>0,00</u>		<u>7.098,71</u>	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	850.000,00		1.060.555,02
		0,00	105.934,18	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	14.843,68		502.839,36
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	26.144,37		34.619,05
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.379.936,40		152.946,69	4. sonstige Verbindlichkeiten	<u>18.555,77</u>		<u>2.804.922,82</u>
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	6.204.463,20		5.562.999,18	- davon aus Steuern Euro 678,99 (Euro 657,48)		909.543,82	4.402.936,25
3. sonstige Vermögensgegenstände	<u>238.461,40</u>		<u>490.933,66</u>	D. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	1.353.637,10
		8.822.861,00	6.206.879,53				
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		201.120,52	807.224,18				
C. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	11.622,27				
		11.610.016,01	17.383.883,77			11.610.016,01	17.383.883,77

Bilanz zum 31. Dezember 2022

Anlage 1.1

Kur- und Klinikverwaltung Bad Rappenau GmbH

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse		107.206,25	1.370.349,44
2. sonstige betriebliche Erträge		259.932,68	2.430.338,21
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0,00		203.396,46
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.277,36</u>		<u>525.895,95</u>
		1.277,36	729.292,41
4. Personalaufwand			
soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		28.866,95	43.356,68
- davon für Altersversorgung Euro 28.866,95 (Euro 43.356,68)			
5. Abschreibungen		62.866,50	775.784,06
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		132.050,48	2.371.526,40
7. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		125.700,00	211.124,12
- davon aus verbundenen Unternehmen Euro 125.700,00 (Euro 211.124,12)			
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		702,13	13.609,41
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		33.565,57	93.518,60
- davon an verbundene Unternehmen Euro 0,00 (Euro 7.252,38)			
10. Aufwendungen aus Verlustübernahme		865.307,59	787.178,45
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>3,17</u>	<u>0,00</u>
12. Ergebnis nach Steuern		630.396,56-	775.235,42-
13. sonstige Steuern		<u>3.472,58</u>	<u>41.424,03</u>
14. Jahresfehlbetrag		<u><u>633.869,14</u></u>	<u><u>816.659,45</u></u>

I. Allgemeine Erläuterungen

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage der Gliederungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt. Ergänzend zu diesen Vorschriften wurden die besonderen gesetzlichen Regelungen für Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) beachtet.

Soweit Wahlrechte für Angaben in der Bilanz, in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang ausgeübt werden können, wurde der Vermerk im Anhang gewählt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Nach den in § 267 HGB angegebenen Größenklassen ist die Gesellschaft eine kleine Kapitalgesellschaft.

Der Geschäftsbetrieb des Bad Rappenauer Sole- und Saunaparadieses einschließlich sämtlicher wirtschaftlich zugehöriger Vermögensgegenstände und Schulden wurde mit Wirkung zum 01.01.2022 auf die Stadt Bad Rappenau übertragen. Insoweit sind die Vorjahresangaben nur eingeschränkt vergleichbar.

II. Rechtliche Grundlagen

Firma:	Kur- und Klinikverwaltung Bad Rappenau GmbH
Anschrift:	Salinenstraße 30 74906 Bad Rappenau
Sitz:	Bad Rappenau
Rechtsform:	GmbH
Handelsregister:	Die Eintragung ist unter HRB 101479 beim Amtsgericht Stuttgart erfolgt.

III. Angaben zur Bilanzierungs- und Bewertung einschließlich Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist aus dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlagespiegel ersichtlich.

Die Geschäftsjahresabschreibung je Posten der Bilanz ist aus dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlagespiegel zu entnehmen.

Immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Als Nutzungsdauer werden regelmäßig 3 Jahre zu Grunde gelegt.

Die Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet. Die Zugänge des Wirtschaftsjahres werden linear auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer pro rata temporis abgeschrieben.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten angesetzt. Der Anteilsbesitz der Gesellschaft stellt sich damit zum 31. Dezember 2022 wie folgt dar:

Name und Sitz des Unternehmens	Eigenkapital TEUR	Ergebnis vor Gewinnabführung TEUR	Beteiligungsquote %
Schwärzberg Klinik GmbH, Bad Rappenau	1.170	-485	57,07
Salinen Klinik AG, Bad Rappenau *)			
- Anteil am Grundkapital	2.276	512	22,14
- Anteil Stimmrechte			44,26

*) mittelbar

Vorratsvermögen

Die Bewertung des Vorratsvermögens erfolgte durch Ansatz der Anschaffungskosten nach § 255 Abs. 1 HGB.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich mit dem Nennbetrag angesetzt. Das allgemeine Kreditrisiko bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde durch eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 1% berücksichtigt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt:

	<u>2022</u>	<u>2021</u>
	TEUR	TEUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.380	153
- davon Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	(0)	(0)
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	6.204	5.563
- davon Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	(6.061)	(5.523)
Sonstige Vermögensgegenstände	238	491
- davon Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	(0)	(1)

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen stammen in Höhe von 3.060 TEUR (Vorjahr: 3.923 TEUR) aus der Ergebnisabführung, in Höhe von 3.000 TEUR (Vorjahr: 1.600 TEUR) aus Darlehensgewährungen und im Übrigen aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr. In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 2.380 TEUR (VJ: 0 TEUR) enthalten.

Pensionsrückstellungen

Für ungewisse Verbindlichkeiten aus Pensionsverpflichtungen wurden Rückstellungen gebildet. Die Rückstellungsbildung wurde auf der Basis versicherungsmathematischer Berechnungen nach der Projected Unit Credit Method durchgeführt. Als Rechnungszins wurden 1,79% angesetzt, als Sterbetafeln kamen die Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck zum Ansatz. Als Rententrend wurden 2,0% berücksichtigt. Die Pensionsrückstellungen betragen 707,6 TEUR.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Erfüllungsbetrag mit dem 10-Jahresdurchschnittzinssatz und dem 7-Jahresdurchschnittzinssatz gemäß § 253 Abs. 6 HGB beträgt 25,4 TEUR (Ausschüttungssperre).

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen. Die Dotierung erfolgte mit dem geschätzten Erfüllungsbetrag.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen Aufwendungen für die Abschluss-, Prüfungs- und Steuererklärungskosten.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

	Stand am 31.12.2022	mit einer Rest- laufzeit von bis 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre	gesicherte Beträge	Art der Sicherheit
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	850 (1.061)	200 (299)	650 (762)	0 (0)	850 (1.061)	Grundsschulden, Bürgschaft
Verbindlichkeiten aus Lieferun- gen und Leistungen	15 (503)	15 (503)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	26 (35)	26 (35)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	
Sonstige Verbindlichkeiten	19 (2.805)	19 (2.805)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	Grundsschulden, Bürgschaft
Summe	910 (4.404)	260 (3.642)	650 (762)	0 (0)	850 (1.061)	

Bei den Beträgen in Klammern handelt es sich um die Vorjahreswerte.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beinhalten 0 TEUR (Vorjahr: 17 TEUR) und die sonstigen Verbindlichkeiten 0 TEUR (Vorjahr: 2.788 TEUR) Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern gemäß § 42 Abs. 3 GmbHG.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft hat eine Patronatserklärung abgegeben, nach der sie auf erste Anforderung eventuell bestehende Sollsalen der Schwärzberg Klinik GmbH und der Salinen Klinik AG auf den laufenden Bankkonten der Volksbank Kraichgau eG auszugleichen hat. Zum Bilanzstichtag ergeben sich hierdurch keine Haftungsverhältnisse.

Die zugunsten der Volksbank Kraichgau eG (3.000 TEUR, 2.500 TEUR) und der Sparkasse Kraichgau (2.500 TEUR) bestellten Grundschulden dienen der Besicherung aller Kreditverbindlichkeiten (Darlehen) der Berichtsgesellschaft, aber auch der Besicherung der Kreditverbindlichkeiten der Salinen Klinik AG und der Schwärzberg Klinik GmbH gegenüber diesem Kreditinstitut. Weiterhin besteht zugunsten der Volksbank Kraichgau eG und der Sparkasse Kraichgau eine Bürgschaft in Höhe von jeweils 5.750 TEUR zur Besicherung der Darlehen aus dem Klinikneubau bei der Schwärzberg Klinik GmbH. Die Verbindlichkeiten der Konzerngesellschaften (ohne Kur- und Klinikverwaltung Bad Rappenau GmbH) gegenüber der Volksbank Kraichgau eG, für die diese Grundschulden und die Bürgschaft als Sicherheit dient, betragen zum Bilanzstichtag 8.643 TEUR und sowie gegenüber der Sparkasse Kraichgau 7.397 TEUR.

Da der Gesamtkonzern Eigenkapital in Höhe von rd. 12 Mio. EUR ausweist, ist das Risiko einer Inanspruchnahme als gering zu bewerten.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen nicht.

Ein Bestellobligo besteht zum Bilanzstichtag nicht.

Gewinn- und Verlustrechnung

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 32,3 TEUR sowie der Ertrag aus der Ausgliederung der Bäderbetriebe in Höhe von 227,7 TEUR enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 80,8 TEUR enthalten.

Die Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen betragen im laufenden Geschäftsjahr 12,8 TEUR (Vorjahr: 15,4 TEUR).

Im Geschäftsjahr 2022 wurden folgende von der Tochtergesellschaft abgeführte Ergebnisse ausgewiesen:

	<u>TEUR</u>
Schwärzberg Klinik GmbH, Bad Rappenau	<u>-855</u>
	-855
./.. Ausgleichszahlungen an außenstehende Gesellschafter der	
Schwärzberg Klinik GmbH, Bad Rappenau	<u>-10</u>
	<u>-865</u>

IV. Sonstige Pflichtangaben

Namen des Geschäftsführers

Geschäftsführer mit Einzelvertretungsbefugnis der Gesellschaft im Geschäftsjahr war Herr Olaf Werner, Betriebswirt. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Namen des Verwaltungsrats

Herr Sebastian Frei, Oberbürgermeister, Bad Rappenau (Vorsitzender)

Frau Anne Silke Köhler, Finanzbeamtin, Bad Rappenau

Herr Bertram Last, Konstruktionsmechaniker, Bad Rappenau

Frau Gundi Störner, Bürokauffrau, Bad Rappenau

Herr Robin Müller, Rechtsanwalt, Bad Rappenau

Herr Martin Wacker, Techniker, Bad Rappenau

Frau Alexandra Nunn-Seiwald, Geschäftsführerin, Bad Rappenau

Herr Sven Hofmann, Touristik-Fachwirt, Bad Rappenau

Frau Elke Haas, Betriebswirtin, Bad Rappenau

Frau Gabriela Gabel, Bürokauffrau, Bad Rappenau

Herr Dr. med. Lars Schubert, Arzt, Bad Rappenau

Herr Gordan Pendelic, Leitender Angestellter Informationstechnologie, Bad Rappenau

Vergütung des Geschäftsführers sowie ehemaliger Geschäftsführer und des Verwaltungsrats

Der Geschäftsführer ist bei der Schwärzberg Klinik GmbH angestellt. Die Vergütung des Geschäftsführers ist in der Verwaltungskostenumlage der Schwärzberg Klinik GmbH enthalten.

Auf die Angabe der Bezüge für Mitglieder der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Eine Pensionsrückstellung in Höhe von 707,6 TEUR besteht für eine Pensionsverpflichtung aus der Zusage an einen ehemaligen Geschäftsführer. Die Pensionszahlungen betrugen im Berichtsjahr 40,2 TEUR.

Die Verwaltungsratsmitglieder erhielten im Berichtsjahr Vergütungen in Höhe von 8,0 TEUR.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt vor, das Ergebnis auf neue Rechnung vorzutragen.

Konzernabschluss

Die Gesellschaft erstellt einen Konzernabschluss, in den folgende Gesellschaften einbezogen sind:

1. Kur- und Klinikverwaltung Bad Rappenau GmbH
2. Schwärzberg Klinik GmbH
3. Salinen Klinik AG

Der Konzernabschluss kann bei der Kur- und Klinikverwaltung Bad Rappenau GmbH, Salinenstraße 30, 74906 Bad Rappenau, bezogen werden. Er wird außerdem im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht werden.

Bad Rappenau, 15. Juni 2023

Olaf Werner, Geschäftsführer

Entwicklung des Anlagevermögens
vom 01.01.2022 bis 31.12.2022

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen					Buchwert	Buchwert
	01.01.2022	Zugänge	Abgänge	Ausgliederung	31.12.2022	01.01.2022	Zugänge	Abgänge	Ausgliederung	31.12.2022	31.12.2022	31.12.2021
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	279.661,61	0,00	0,00	279.661,61	0,00	277.481,61	0,00	0,00	277.481,61	0,00	0,00	2.180,00
	279.661,61	0,00	0,00	279.661,61	0,00	277.481,61	0,00	0,00	277.481,61	0,00	0,00	2.180,00
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	26.723.727,08	0,00	0,00	24.112.392,83	2.611.334,25	18.085.408,06	56.358,00	0,00	16.818.349,71	1.323.416,35	1.287.917,90	8.638.319,02
2. Technische Anlagen und Maschinen	4.307.671,25	0,00	0,00	4.254.502,15	53.169,10	4.112.745,25	6.187,00	0,00	4.091.287,15	27.645,10	25.524,00	194.926,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.381.864,63	235,50	0,00	3.379.514,63	2.585,50	3.235.460,63	321,50	0,00	3.235.394,63	387,50	2.198,00	146.404,00
	34.413.262,96	235,50	0,00	31.746.409,61	2.667.088,85	25.433.613,94	62.866,50	0,00	24.145.031,49	1.351.448,95	1.315.639,90	8.979.649,02
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.270.394,59	0,00	0,00	0,00	1.270.394,59	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.270.394,59	1.270.394,59
	1.270.394,59	0,00	0,00	0,00	1.270.394,59	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.270.394,59	1.270.394,59
	<u>35.963.319,16</u>	<u>235,50</u>	<u>0,00</u>	<u>32.026.071,22</u>	<u>3.937.483,44</u>	<u>25.711.095,55</u>	<u>62.866,50</u>	<u>0,00</u>	<u>24.422.513,10</u>	<u>1.351.448,95</u>	<u>2.586.034,49</u>	<u>10.252.223,61</u>

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Wir gehören zu einem Verbund von Rehabilitationseinrichtungen und einem ambulanten Therapiezentrum, in denen wir Patienten nach dem Aufenthalt im Akutkrankenhaus oder bei chronischen Beschwerden behandeln. Weitere Präventions- und Nachsorgeprogramme stehen ebenso im Portfolio unseres Angebotes. Partner sind hierbei die Kostenträger (Deutsche Rentenversicherung, gesetzliche Krankenversicherungen, private Krankenversicherungen) und Akutkrankenhäuser. Ein Schwerpunkt unserer Tätigkeit ist die Vermietung und Verpachtung der Immobilien und bis zum 01.01.2022 der Betrieb des Bad Rappenauer Sole und Saunaparadieses RappSoDie.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung/branchenbezogene Entwicklung

Neben der vorherrschenden Corona-Pandemie wurde das Jahr 2022 durch den Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine und die dadurch entstehenden Auswirkungen bestimmt.

Auch im Jahr 2022 beschränkte die Corona-Pandemie nach wie vor das gesellschaftliche und ökonomische Leben. Die am 25. März 2020 im Bundestag festgestellte „epidemische Lage von nationaler Tragweite“¹ endete nach mehrmaligen Verlängerungen zum 25. November 2021. Durch den Bundestag und Bundesrat wurden Änderungen am Infektionsschutzgesetz (IfSG) und weiteren Gesetzen beschlossen² um Wege aus der Corona-Pandemie³ zu finden. Im Jahresverlauf wurden die Maßnahmen unter den sich ändernden Corona-Geschehen immer wieder angepasst. Für Gesundheitseinrichtungen, auch Rehakliniken, blieben die grundsätzlichen Maßnahmen wie Testpflicht, Maskenpflicht und eine einrichtungsbezogene Impfpflicht durchweg bestehen.

¹ Bundestag: Epidemische Lage von nationaler Tragweite besteht fort ([bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de))

² [Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes und weiterer Gesetze anlässlich der Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite \(bundesgesundheitsministerium.de\)](#)

³ [Deutscher Bundestag - Folgeregulungen anlässlich der Aufhebung der epidemischen Lage beraten](#)

Die einrichtungsbezogene Impfpflicht wurde am 16. März 2022 in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen eingeführt, um Patienten/innen besser vor Infektion mit dem Covid-19-Virus zu schützen. Grundsätzlich angedacht als Vorstufe zu einer allgemeinen Impfpflicht bestand die Pflicht das komplette Jahr 2022 hindurch und wurde erst zum 31.12.2022 aufgehoben. Beschäftigte in Einrichtungen des Gesundheits- und Pflegebereichs mussten nachweisen, dass sie geimpft oder genesen waren oder aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden konnten.⁴ Die Verschärfung der Impfpflicht zum Nachweis der dritten Impfung (Boosternachweis) wurde kurzfristig aufgehoben⁵. Ein Einstellungsverbot für nicht geboosterte Mitarbeiter/innen blieb trotzdem bis zum Jahresende bestehen. In den zur Schwärzberg Klinik GmbH gehörende Kliniken gab es hierzu einen regen Schriftverkehr mit dem ansässigen Gesundheitsamt. Arbeits- oder Betretungsverbote wurde keine ausgesprochen.

Am 24.02.2022 marschierte Russland in die gesamte Ukraine ein.⁶ Die Folgen des grundlosen und unberechtigten Angriffes war die Besorgnis über die Energiesicherheit.⁷ Russland setzte Gaslieferungen an mehrere EU-Mitgliedstaaten aus. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, wurden andere Länder kontaktiert. Die Preise für fossile Energieträger stiegen exorbitant an. Zusätzlich wurde die Wirtschaft durch Rohstoffengpässe belastet. Wichtige Rohstoffe aus der Ukraine und Russland fehlten.⁸

Mehrere Entlastungspakete⁹ wurden von der Bundesregierung beschlossen, um den steigenden Energiepreise entgegen zu wirken.

Trotzdem erreichte im Jahre 2022 die durchschnittliche Inflationsrate ein Rekordniveau von 7,9 %. Seit der Wiedervereinigung lag die Rate nicht so hoch.¹⁰

Das Bruttoinlandsprodukt stieg dennoch preisbereinigt um 1,8 %. Die deutsche Wirtschaft konnte sich trotz der Einschränkungen durch die politischen Vorgaben im Jahr 2022 weiter erholen. blieb aber zum zweiten Mal nach 2021 hinter den Erwartungen eines Erholungseffektes nach Corona zurück.

⁴ [Einrichtungsbezogene Impfpflicht: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg \(baden-wuerttemberg.de\)](https://www.baden-wuerttemberg.de/service/soziales-gesundheit-integration/baden-wuerttemberg.de)

⁵ [Einrichtungsbezogene Impfpflicht: Aktuell Beschäftigte müssen ab 1. Oktober keinen Nachweis über dritte Impfung oder Genesung vorlegen: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg \(baden-wuerttemberg.de\)](https://www.baden-wuerttemberg.de/service/soziales-gesundheit-integration/baden-wuerttemberg.de)

⁶ [Angriff auf die Ukraine: Russland hat den Krieg begonnen | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)

⁷ [Auswirkungen der Invasion Russlands in die Ukraine auf die Märkte: Reaktion der EU - Consilium \(europa.eu\)](https://www.europa.eu)

⁸ [Krieg in der Ukraine verschärft Versorgungsengpässe in Deutschland \(rnd.de\)](https://www.rnd.de)

⁹ [Bundesfinanzministerium - Schnelle und spürbare Entlastungen in Milliardenhöhe](#)

¹⁰ [Inflation: Rate erreichte 2022 Rekordniveau - DER SPIEGEL](#)

Der klinische Betrieb war trotz dieser Einschränkungen grundsätzlich weiter möglich. Die medizinische Rehabilitation und die anschließende Heilbehandlung spürt die beschriebenen Auswirkungen direkt und indirekt.

Die Rettungspakte, die vom Deutschen Bundestag beschlossen worden sind, um die negativen wirtschaftlichen Folgen für Reha-Einrichtungen durch die aktuellen Belegungseinbrüche zu bekämpfen und den Erhalt der Leistungsanbieter sichern zu können, wurden im Rahmen der politischen Entscheidungen bis 30.06.2022 verlängert. Die Deutsche Rentenversicherung blieb beim bekannten Verfahren der Vorauszahlungen. Da die Belegungsgrößen in den ersten Monaten des Jahres 75 % überschritten, werden die Vorauszahlungen, die bei der Deutschen Rentenversicherung Bund beantragt worden sind, größtenteils wieder zurückerstattet werden müssen.

Die Krankenkassen vereinbarten zusätzliche Leistungen pro erbrachten Pfllegetag – sogenannte Mindererlöszuschläge. Die Bewertung bezog sich auf die Belegung aus dem Jahr 2019. Letztmalig konnten diese Beträge bis zum 30.06.2022 abgerechnet werden.

Zum Ausgleich der Mehraufwände der Corona-Pandemie wurde zusätzlich zu dem SodEG und den Rettungsschirmen ein Corona-Zuschlag 2020 eingeführt und mehrfach verlängert.¹¹
¹². Dieser Zuschlag betrug von der Deutschen Rentenversicherung, den Krankenkassen und den Berufsgenossenschaften 8 € für einen stationären Pfllegetag, 6 € für einen ganztägig ambulanten Tag sowie lediglich 1,5 € für die Rezeptpatienten¹³. Die Zuschläge wurden zum 30.06.2022 eingestellt.

Die Deutsche Rentenversicherung verwendete ab dem 01.10.2022 übrige Mittel aus dem Rehabudget um die Corona-Zuschläge bis Jahresende weiter zu bezahlen. Die geänderte Höhe des Zuschlags betrug von der Deutschen Rentenversicherung 7 € für einen stationären Pfllegetag und 5,25 € für einen ganztägig ambulanten Behandlungstag¹⁴.

¹¹ [2021_07_21_Rahmenempfehlungen_R_V_Corona_Sonderregelung_final.pdf\(bdpk.de\)](#)

¹² [Corona-Zuschlag: Wichtig für Reha- und Vorsorgeeinrichtungen! - Reha Machts Besser!](#)

¹³ [Corona-Zuschlag: Wichtig für Reha- und Vorsorgeeinrichtungen! - Reha Machts Besser!](#)

¹⁴ [Services | Rundschreiben Nr. 08-2022 – Neuauflage Corona-Zuschlag | Deutsche Rentenversicherung Braunschweig Hannover \(deutsche-rentenversicherung.de\)](#)

Klinische Entwicklung:

Zum Jahresbeginn wurden die Kliniken – vor allem die Mitarbeiter/-innen – stark durch die Omikron-Welle getroffen. Es kam zu größeren Ausfällen bei den Mitarbeitern/innen. Die Zahlen an Infekten überstiegen den jeweiligen Stand in der Pandemie. In enger Zusammenarbeit und des freiwilligen Einsatzes der Mitarbeiter in anderen Bereichen konnte der klinische Betrieb fortgeführt werden. Eine Einschränkung der Belegung auf Grund erkrankten Personal konnte über das gesamte Jahr vermieden werden.

Das separate Therapie- und Hygienekonzept wurde weiterhin ständig den Gegebenheiten angepasst und umfasste unter anderem folgende Maßnahmen:

- Trennung der Kliniken (keine übergreifenden Personaleinsätze und kein gegenseitiger Leistungsaustausch). Ganztägig ambulante Maßnahmen wurden nur noch für die orthopädischen Bereiche angeboten, die ausschließlich im Therapiezentrum behandelt wurden.
- Maskenpflicht für Mitarbeiter/-innen und Patienten/-innen, ergänzt um FFP2 - Maskenpflicht
- Einschränkung der Besuchsmöglichkeit
- Ausgabe und Überwachung von Besuchs- und Hygieneregeln
- Verkleinerung der Therapiegruppen
- Essen in Schichten
- Testungen von Mitarbeitern/innen und Patienten/innen
- Schichtarbeitszeiten von Mitarbeitern/innen
- Teilweise mobiles Arbeiten (wo möglich)
- Versetzte Pausenzeiten
- Fragebögen für Patienten/-innen und sonstige klinikfremde Personen, die vor Eintritt auszufüllen waren

Die Maßnahmen konnten zwar im Jahresverlauf angepasst, aber nie vollständig aufgehoben werden. Eine vorsichtige Vorgehensweise und die Verwendung des Hausrechtes haben dazu beigetragen, schlimmeres zu verhindern. Zur Einhaltung vor allem der Maskenpflicht waren etliche Erinnerungen und sogar einzelne Er- und Abmahnungen notwendig.

Das im November 2020 eingerichtete Testzentrum wurde auch durch das komplette Jahr 2022 hindurch betrieben, um übergreifend alle Patienten regelmäßig zu testen. Bei den Mitarbeitern/-innen konnte ab November 2021 auf Eigentestungen umgestellt werden. Neuankommende Patienten/-innen wurden weiterhin am Testcontainer sowie im Verlauf der Rehamaßnahme noch mehrfach getestet.

Tägliche Routinetreffen innerhalb der Geschäftsleitung sowie ein wöchentlicher Austausch mit allen leitenden Mitarbeitern/-innen wurde weiterhin als Videokonferenz abgehalten.

Zukunftsausblick:

Die Reformen der Deutschen Rentenversicherung zur Transparenz in der Rehabilitation¹⁵ waren und sind weiterhin ein bestimmendes Thema. Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Chancengleichheit seien die Ziele des Gesetzes, dürfen aber teilweise angezweifelt werden. Bis jetzt wird seitens der Klinikverbände weiterhin mit den Rentenversicherungsträgern über die Positionierung der Kliniken diskutiert.

Die zentralen Kriterien zur Auswahl einer Einrichtung stehen fest. Vor allem die Zufriedenheit der Patienten mit der Einrichtung, die erreichten Qualitätsparameter, aber auch Kriterien wie Wartezeit und Entfernung werden in der Auswahl eine Rolle spielen.

Das Wunsch- und Wahlrecht der Versicherten wird stärker in den Vordergrund gerückt. Eine positive Darstellung der Kliniken durch Öffentlichkeitsarbeit sowie die Möglichkeit, die Klinik leicht in einer digitalen Suche zu finden, werden für den Erfolg ebenso wichtig, wie die Einhaltung der vorgegebenen Qualitätskriterien.

Ab dem Jahr 2026 wird ein einheitlicher Basispflegesatz für alle Rehaklinken einseitig seitens der Deutschen Rentenversicherung festgelegt. Erste Zusammensetzungen sind bekannt gemacht worden. Die explizite Höhe des Basispflegesatzes und die zusätzlichen Berechnungsmöglichkeiten sind im Detail noch nicht bekannt.

¹⁵ [Homepage | FAQs zur Transparenz in der Rehabilitation | Deutsche Rentenversicherung \(deutsche-rentenversicherung.de\)](#)

2. Geschäftsverlauf

Insgesamt blickt die Kur- und Klinikverwaltung Bad Rappenau GmbH auf ein schwieriges Geschäftsjahr zurück. Unter Berücksichtigung des aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags übernommenen Jahresergebnisses der Tochtergesellschaft (saldiert -855 TEUR) ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von -634 TEUR.

3. Lage

Die Lage des Unternehmens ist nach wie vor geprägt von der Vermietungs- und Verpachtungstätigkeit der zum Klinikbetrieb erforderlichen Immobilien.

a. Ertragslage

Die Umsatzerlöse beinhalten überwiegend die Einnahmen aus der Vermietung und Verpachtung, sowie Einnahmen aus den weiterberechneten Nebenkosten.

Die Umsatzerlöse liegen mit 107 TEUR um ca. 1.263 TEUR unter dem Vorjahreswert (1.370 TEUR). Der Rückgang der Umsätze ist insbesondere auf die zum 01.01.2022 erfolgte Ausgliederung der Bäderbetriebe zurückzuführen.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen ist der Ertrag aus der Ausgliederung der Bäderbetriebe in Höhe von 227,7 TEUR enthalten.

Im Personalaufwand sind neben Aufwendungen für die Altersversorgung ehemaliger Mitglieder der Geschäftsführung auch Pensionszahlungen für ehemalige Mitglieder der Geschäftsführung enthalten.

Der sonstige Betriebsaufwand hat sich um 2.240 TEUR gegenüber dem Vorjahr auf 132 TEUR reduziert (Vorjahr: 2.372 TEUR). Ursächlich hierfür war die zum 01.01.2022 erfolgte Ausgliederung der Bäderbetriebe.

Unter Berücksichtigung des aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages übernommenen Jahresergebnisses der Schwärzberg Klinik GmbH ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 634 TEUR.

Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2022 liegt unterhalb der im Lagebericht des Vorjahres abgegebenen Prognose für das Jahr 2022.

b. Finanzlage

Die Finanzlage der Kur- und Klinikverwaltung Bad Rappenau GmbH muss als angespannt angesehen werden. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und den Skontoabzug in Anspruch zu nehmen.

Der eingeräumte Kontokorrentkredit der Kreditinstitute wurde von uns nicht in Anspruch genommen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich auf 7,3 % der Bilanzsumme.

Die Eigenkapitalquote hat sich von 61,0 % (31.12.2021) auf 85,9 % (31.12.2022) erhöht.

c. Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2022 betrug 11.610 TEUR. Das Vermögen umfasst 22,3% Anlagevermögen und 77,7 % Umlaufvermögen.

Das Anlagevermögen der Gesellschaft umfasst, neben der Beteiligung an der Schwärzberg Klinik GmbH, im Wesentlichen Grundstücke, Gebäude und Einrichtungen.

Finanzielle Leistungsindikatoren:

Das Jahresergebnis sowie der Rohertrag sind wesentliche Kennzahlen für unsere interne Unternehmenssteuerung. Das Betriebsergebnis 2022 hat sich gegenüber dem Vorjahr (-161 TEUR) um 299 TEUR auf 138 TEUR erhöht. Der Rohertrag von 106 TEUR hat sich durch die Ausgliederung der Bäderbetriebe gegenüber dem Vorjahr (641 TEUR) um 535 TEUR vermindert.

Für die interne Unternehmensführung finden monatlich Budgetsitzungen statt. Hierbei werden alle Geschäftsbereiche mit Einnahmen und Ausgaben betrachtet. Abweichungen und auffällige Beträge werden nachgearbeitet.

Unsere wirtschaftliche Lage kann insgesamt, trotz der Pandemie, als gesichert bezeichnet werden.

III. Prognosebericht

Unser Klinikverbund stellt sich prospektiv den neuen Qualitätsanforderungen, so dass von einer grundsätzlichen Zukunftssicherung ausgegangen wird. Um die Sicherung der betrieblichen Zukunft auch weiterhin zu gewährleisten, schreitet auch unsere interne Weiterentwicklung voran, in dem wir uns auf unter anderem rechtliche und andere Vorgaben neu einstellen.

Aus heutiger Sicht kann bedingt durch gesetzliche und andere Herausforderungen für die zukünftige Entwicklung keine Prognose abgegeben werden. Sollte ein Geschäftsverlauf mit einer ausreichenden Belegung möglich sein, kann ein positives Ergebnis erreicht werden. Die ersten Monate des Jahres 2023 lassen noch keinen Schluss auf das Gesamtjahr zu, bieten jedoch aus Belegungssicht die Grundlage für ein ordentliches Geschäftsjahr, wenn die Belegung weiterhin in diesem Rahmen bleibt.

Der Fachbereich Psychosomatik ist nach wie vor gut nachgefragt. Diese Abteilung der Rosentrittklinik konnte bisher die strukturelevanten Stellen (Ober- bzw. Fachärzte) noch nicht ausreichend besetzen. Obwohl mehrere Agenturen sich intensiv mit der Suche beschäftigen, konnte ein leitender Oberarzt noch nicht gefunden werden. Mit einem neuen Chefarzt, der Einstellung eines Internisten und einer Assistenzärztin konnte aber ein solider Personalstamm ab dem 01.04.2023 gefunden werden.

Die rehabilitative Nachfrage in der Phoniatrie hat sich normalisiert, liegt aber nach wie vor unter den Zahlen von 2019. Im Bereich der Orthopädie überwiegt stark der Anteil an Anschlussheilbehandlungen.

IV. Chancen- und Risikobericht

Risiken der zukünftigen Entwicklung bestehen nach wie vor in der Abhängigkeit von der Einweiserseite und der Finanzierungssituation der im Rehabilitationsbereich, die sich durch die noch vorhandenen Auswirkungen der Corona-Pandemie und den Preissteigerungen ausgelöst durch den Ukrainekrieg weiter verschärfen können.

Viele potenzielle Patienten/-innen möchten auch aus Angst um ihren Arbeitsplatz oder in angespannter wirtschaftlicher Situation keine Reha in Anspruch nehmen. Einzig Anschlussheilbehandlungen (im geriatrischen und orthopädischen Bereich) und psychosomatische Rehabilitationsmaßnahmen bringen eine gewisse Planungssicherheit.

Die horrenden Forderungen der Gewerkschaften um die Preissteigerungen bei den Mitarbeitern/-innen auszugleichen, wurden zwar in die Vergütungsverhandlungen mit eingebracht, jedoch blieben die Deutsche Rentenversicherung und vor allem die Krankenkassen bei den Abschlüssen deutlich hinter den Steigerungsraten zurück. Die erwartete hohe Anpassung der Gehaltstarife muss durch eine höhere Auslastung und zukünftige Pflegesatzverhandlungen abgefangen werden. In wie weit dies umsetzbar wird, bleibt abzuwarten.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung haben wir unser Liquiditätsmanagement sowie unser Controlling entsprechend angepasst und überwachen die Entwicklung deutlich enger als in der Vergangenheit, um Risiken frühzeitig zu erkennen. Wir haben hierfür eine neue Stelle geschaffen, um über die Position Leitung Controlling und Personalwesen Entwicklungen beim Personal und den Einnahmen/Ausgaben schnell zu erkennen und Reaktionen abzuleiten. Bleibt die aktuelle Belegungssituation bestehen, ist die Liquidität der Gesellschaft derzeit gesichert.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt für Fach- und Führungskräfte vor allem im medizinischen Bereich ist unverändert extrem angespannt. Die Rekrutierung von ärztlichem Personal, Pflegekräften und im therapeutischen Bereich ist sehr schwer. Die Suche über Social Media-Kanäle, enge Zusammenarbeit mit Agenturen und die Neuaufstellung auf anderen Wegen Personal zu akquirieren ist eine fordernde Aufgabe in der Personalentwicklung. Die Zufriedenheit der bestehenden Mitarbeiter/-innen rückt noch weiter in den Fokus.

Folgende Strategie wird fokussiert:

Auf- und Ausbau vorhandener Stärken durch

- Ausbau reha-medizinische Kompetenz- und Qualitätsvorsprung
- Die besondere Indikationsvielfalt von orthopädischen Erkrankungen über Orthopädie, Psychosomatik, Innere Medizin, Onkologie, HNO sowie spezialisierte Leistungen in der Geriatrie bis hin zur Phoniatrie weiter spezialisieren
- Das integrative und nachhaltige Therapiekonzept ausbauen
- Einführung neuer Therapieformen prüfen und gegebenenfalls umsetzen
- Die gezielte Verknüpfung der Leistungen mit externen Kooperationspartnern durch Schaffung regionaler Versorgungsnetze voranbringen
- Aus Schnittstellen durch interdisziplinär eng abgestimmte Konzepte und eine Optimierung der Zusammenarbeit Nahtstellen zu machen
- Ausbau der medizinisch-beruflich orientierten Reha (MBOR), um die Zuweisungen von den Rentenversicherungen zu sichern und auszubauen
- Spezialisierung im Segment MBOR, Prävention und Ausbau des Betrieblichen Gesundheitsmanagements
- Kooperationen mit der Wissenschaft vertiefen
- Erfolgreiche Personalarbeit durch neue Wege positionieren

Interne Organisation und Entscheidungsfindung

Unser Unternehmen verfügt über eine Matrixorganisation. Leitungspositionen sind fachbezogen und projektbezogen eingerichtet. In Zweifelsfällen wird die Entscheidung durch die Geschäftsführung getroffen.

Gesamtaussage

Das aktuelle Weltwirtschaftsgeschehen bleibt angespannt. Die wirtschaftliche Entwicklung wird weiterhin durch die Folgen der Corona-Pandemie sowie den Ukrainekrieg weiterhin stark beeinflusst. Eine Aussicht auf eine sich schnell stabilisierende wirtschaftliche Situation besteht aktuell nicht. Sowohl die indirekten wie auch die direkten Einflüsse treffen auch immer die Rehabilitationseinrichtungen.

Um die weitere Entwicklung – personell, wirtschaftlich, baulich – nicht zu gefährden, muss die Belegung dauerhaft sichergestellt und auskömmliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Wichtigste Aufgabe bleibt die Sicherstellung der personellen Ausstattung, die Konzentration auf die Qualität sowie die Zufriedenheit der Mitarbeiter/innen und der Patienten/-innen.

Vor dem Hintergrund einer finanziellen Stabilität sehen wir uns für die Bewältigung zukünftiger Risiken gerüstet. Wir sind überzeugt, dass die vorgenannten Risiken den Fortbestand der Gesellschaft nicht gefährden und wir Wege finden uns weiterhin zu stabilisieren.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Ausfälle bei Forderungen sind die Ausnahme. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt. Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft aus eigenen Mitteln.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

VI. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Ein großer Dank für die positive Entwicklung der Einrichtungen gilt den Gesellschaftern, dem Verwaltungsrat, den Vertragspartnern und in allererster Linie den Mitarbeiter/-innen.

Bad Rappenau, 15. Juni 2023

Olaf Werner, Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Kur- und Klinikverwaltung Bad Rappenau GmbH, Bad Rappenau

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Kur- und Klinikverwaltung Bad Rappenau GmbH, Bad Rappenau – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sowie den Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Kur- und Klinikverwaltung Bad Rappenau GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unseren Beurteilungen aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhän-

gig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen

im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. Außerkraftsetzen interner

Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annah-

men nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Heidelberg, 15. Juni 2023

OT-audit GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Oskar Ulrich
Wirtschaftsprüfer

Holger Wettig
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat der Kur- und Klinikverwaltung Bad Rappenau GmbH ist im Geschäftsjahr 2022 zu insgesamt vier regulären Sitzungen zusammengetreten. Er hat sich in diesen Sitzungen, in Einzelbesprechungen und durch Bericht der Geschäftsführung laufend über die Lage der Gesellschaft und über alle wichtigen Vorhaben und Entwicklungen informiert und darüber mit der Geschäftsführung beraten. Dabei hat der Verwaltungsrat insbesondere die von der Geschäftsführung für die Gesellschaft vorgelegten, regelmäßig fortgeschriebenen Investitions-, Umsatz-, Ergebnis- und Liquiditätsplanungen des Geschäftsjahres 2022 sowie die vorgelegte Finanz- und Liquiditätsplanung für das Geschäftsjahr 2023 mit der Geschäftsführung erörtert und hierzu die erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Die Buchführung und der Jahresabschluss wurden von der damit beauftragten OT-audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Heidelberg, geprüft. Die Prüfung hat zu keinen Beanstandungen geführt; der Abschluss wurde mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Prüfungsbericht wird dem Verwaltungsrat zur Prüfung, Billigung und gegebenenfalls Erhebung von Einwendungen vorgelegt.

Der Geschäftsführung und den Mitarbeitern spricht der Verwaltungsrat Dank und Anerkennung für die im Jahr 2022 geleistete Arbeit aus.

Bad Rappenau, im Juni 2023

Der Verwaltungsrat

Sebastian Frei
Oberbürgermeister
(Vorsitzender)